

Initiativen gegen weitere Privatisierungen in den Kommunen

Von Frank Kuschel

Den sofortigen Stopp der weiteren Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, die der Daseinsvorsorge dienen, forderten 22 Initiativen aus dem ganzen Bundesgebiet zum Abschluss der 2. Bundeskonferenz der Privatisierungsgegner Anfang November in Braunschweig. Unter dem Motto „Demokratie stärken und regionale Wirtschaft fördern“ setzen sich die Konferenzteilnehmer für ein Investitionsprogramm zur Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ein. An der Konferenz nahmen auch Vertreter Thüringer Initiativen, die sich insbesondere gegen den Verkauf kommunaler Wohnungen wehren, teil. Der kommunalpolitische Sprecher der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE Frank Kuschel stellte den Konferenzteilnehmern die Privatisierungsbilanz aus Thüringer Sicht zur Diskussion. Nach seiner Einschätzung ist die Bilanz der Privatisierungen in Thüringen erschreckend negativ. Die Privatisierungserlöse entlasten die kommunalen Haushalte nur scheinbar und sehr kurzfristig. Dem gegenüber verlieren jedoch die Kommunen die Verfügungsgewalt über wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Jährlich verkaufen Thüringer Kommunen Vermögenswerte von rund 100 Millionen EUR, ohne dass sich dadurch deren Finanzsituation spürbar verbessert hätte. Im Gegenzug steigen oftmals die Kosten für die Bürger.

Für Frank Kuschel gibt es zwei Hauptursachen für die Privatisierungstendenzen im kommunalen Bereich. Zum einen sind Privatisierungen ein Wesenselement des neoliberalen Gesellschaftskonzeptes. Die gegenwärtige Finanzkrise und deren absehbare Auswirkungen auf viele Gesellschaftsbereiche widerlegt die These, wonach angeblich Private über die Marktmechanismen besser agieren könnten als der Staat und die Kommunen. Gewinner der Privatisierung sind wenige, Verlierer sind jedoch fast alle, insbesondere sozial Benachteiligte.

Zum anderen sind jedoch die Kommunen oftmals in einer sehr komplizierten Finanzsituation. Der Lösungsansatz, durch den Verkauf von Eigentum oder die Privatisierung kommunaler Leistungen die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen, hat sich meist als Irrweg herausgestellt. Oftmals übersteigen die Folgekosten der Privatisierung die Privatisierungserlöse.

Mit der Privatisierung geht aber auch ein Teil von Demokratie verloren, weil weder kommunale Mandatsträger noch die Bürger in privatisierten Bereichen ein Mitsprache- und Gestaltungsrecht haben. Zudem ist bei den Privatisierungsmaßnahmen selbst demokratische Mitwirkung kaum noch möglich. So wurde in Zeulenroda-Triebes ein Antrag auf Durchführung eines Bürgerbegehrens zur Verhinderung des Verkaufs der dortigen kommunalen Wohnungen vom CDU-Bürgermeister und dem Verwaltungsgericht Gera abgelehnt.

„Ohne kommunales Eigentum und ohne Aufgabenwahrnehmung durch die öffentliche Hand ist kommunale Selbstverwaltung im Interesse der EinwohnerInnen nicht gestaltbar“, ist sich der Landtagsabgeordnete der LINKEN sicher. Deshalb ist es nur folgerichtig, dass sich DIE LINKE Thüringen erneut gegen weitere Privatisierungen im Rahmenkommunalwahlprogramm 2009 ausgesprochen hat. Künftig müssen auch Rekommunalisierungsmaßnahmen in den Blick genommen werden. Die vollständige kommunale Übernahme der Ortsnetze bei Energie und Gas könnte dazu beitragen, die Macht der Energiekonzerne zu zügeln.

„Die wichtigste Voraussetzung für die Verhinderung von Privatisierungen und Umsetzung von Rekommunalisierungen ist eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen“, so Frank Kuschel abschließend. Hier sind der Bund und das Land in der Verantwortung, im Rahmen der Föderalismusreform II endlich zugesagte Veränderungen bei den Kommunalfinanzen auf den Weg zu bringen.